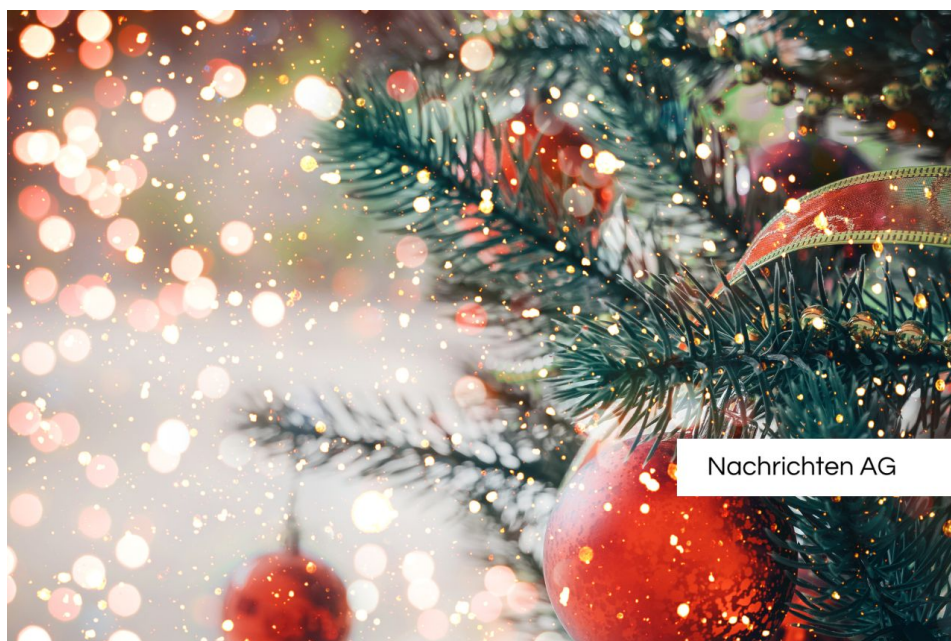


Krise im Gesundheitswesen: DRK-Kliniken in Neuwied wieder insolvent!

Altenkirchen im Westerwald: DRK-Krankenhäuser erneut insolvent. Politiker fordern Transparenz und zukunftsfähige Lösungen.



Altenkirchen, Deutschland - Die erneute Insolvenz des DRK-Krankenhauses in Neuwied und weiteren Einrichtungen im Rheinland-Pfalz sorgt für Besorgnis. Wie bereits berichtet, sind Kliniken in Altenkirchen, Kirchen, Hachenburg, Neuwied und Alzey betroffen, und die Entscheidung fiel nach einer unerwarteten rückwirkenden Forderung von über dreistelligen Millionenbeträgen für Betriebsrenten aus der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK), die die Krankenhäuser nun nicht aufbringen können. Mitarbeiter wurden in Versammlungen über die Situation in Kenntnis gesetzt, wobei die Gehälter der 2.500 Beschäftigten für die nächsten drei Monate durch Insolvenzgeld gesichert sind. Diese Meldung löste unmittelbar Reaktionen aus, insbesondere von Politikern, die finanzielle

Transparenz und zukunftsorientierte Strategien fordern.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Erwin Rüddel kritisierte die Landesregierung scharf und erklärte, dass die finanzielle Unterstützung für die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz vollkommen unzureichend sei. „Das Land muss endlich seiner Verantwortung gerecht werden,“ forderte er. Rüddel und andere CDU-Abgeordnete haben bereits eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt, um Informationen über Gespräche mit der DRK-Trägersgesellschaft und deren finanzielle Situation zu erhalten. Auch die rheinland-pfälzische Gesundheitsministerin Clemens Hoch gibt sich besorgt und plant, noch vor Weihnachten mit den Landräten über Lösungen für die medizinische Versorgung zu beraten. Dies geschieht im Kontext, dass die gesundheitliche Grundversorgung in der Region, besonders im Landkreis Altenkirchen, stark gefährdet ist, nachdem erhebliche Umstrukturierungen bereits vorgenommen wurden, wie etwa die Umwandlung des Altenkirchener Krankenhauses in ein ambulant-medizinisches Zentrum.

Politische Reaktionen und Forderungen

Die SPD-Politiker vor Ort haben ebenfalls umgehende Maßnahmen gefordert und betont, dass die Gesundheit nicht nur von finanziellen Kennzahlen abhängen sollte. Martin Diedenhofen, Bundestagsabgeordneter, und andere führten aus, dass die Wiederholung der Insolvenzen in Neuwied und Umgebung ein klares Signal für den Handlungsbedarf sende und fordern eine umfassende Veränderung der Gesundheitspolitik. Gesundheitsminister Hoch hat angekündigt, mit den regionalen politischen Akteuren an Lösungen zu arbeiten, um die künftige medizinische Versorgung in der Region sicherzustellen und die Sorgen der Bevölkerung ernst zu nehmen. Dies könnte eine wichtige Weichenstellung für die Behandlung und Unterstützung der betroffenen Kliniken darstellen.

Die politische Debatte ist nun in vollem Gange, wobei jede Entscheidung weitreichende Konsequenzen für die

Gesundheitsversorgung der Einwohner im Westerwald und darüber hinaus haben könnte. Weitere Gespräche sind notwendig, um eine neue Strategie für die DRK-Kliniken und deren Angestellte zu entwickeln, die die Region dringend benötigt, um die medizinische Versorgung langfristig zu gewährleisten.

NR-Kurier berichtete über die Forderungen nach Transparenz

Tagesschau informierte über die Insolvenz der DRK-Kliniken

Details	
Vorfall	Insolvenz
Ursache	rückwirkende Forderungen für Betriebsrente
Ort	Altenkirchen, Deutschland
Quellen	• www.nr-kurier.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at